Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

297 (19.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 297 | Montag, den 19. Dezember 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett hat am Samstag die Aufhebungen der innerpolitischen Notverordnungen beschlossen.

*

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Notverordnungen über den Terror, über die Sondergerichte und die Presse aufzuheben.

*

Dr. Gördeler ist von seinem Amt als Reichskommissar für Preisüberwachung entbunden worden.

*

In Paris hat Paul-Boncour ein Kabinett der Linken gebildet, das auf Unterstützung der Sozialisten angewiesen ist.

*

In Belgien haben Katholiken und Liberale ein neues Kabinett gebildet, das gegenüber dem vorherigen keine Veränderungen aufweist.

*

In Belgrad traten die Außenminister der kleinen Entente-Staaten zusammen, um über Abrüstung zu beraten.

*

In Buenos Aires wurde der Belagerungszustand verhängt.

*

Das Reichsgericht verurteilte den Chauffeur August Jäger wegen Verrats des ersten deutschen Gasangriffs bei Langemarck zu zehn Jahren Zuchthaus.

*

Auf einer Reihe von nationalsozialistischen Amtswalter-Tagungen sprachen Adolf Hitler und Göbbels. In Magdeburg und Hamburg wandte sich Hitler scharf gegen das Regierungsprogramm, das er als eine Entlehnung des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms bezeichnete. Dr. Göbbels, der in Essen und Düsseldorf sprach, sagte u. a., die N.S.D.A.P. wolle alles oder nichts.

*

Die englische Fliegerin Amy Johnson-Mollison ist am Sonntag in London eingetroffen, nachdem sie für die Strecke Kapstadt-London einen neuen Rekord aufgestellt hatte.

Aufhebung der innerpolitischen Notverordnungen

Eine Kabinettssitzung

Berlin, 18. Dez. Die Sitzung des Reichskabinetts am Samstag dauerte über zwei Stunden. Im Vordergrund der Beratungen stand die **Aufhebung der Notverordnungen gegen den Terror, über die Sondergerichte und die Presse.** Diese Verordnungen werden nach der Entschließung des Reichskabinetts zum größten Teil aufgehoben. Was noch an allgemeinen Bestimmungen in Kraft bleiben muß, wird in eine neue Verordnung eingebaut, die in den ersten Tagen dieser Woche veröffentlicht werden wird. Gleichzeitig wird man in diese neue Verordnung voraussichtlich auch gewisse Bestimmungen des **Republikschutzgesetzes** übernehmen, das mit Ende dieses Jahres abläuft. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Schutzbestimmungen für den Reichspräsidenten. Die Strafbestimmungen gegen Ausschreitungen dieser Art sollen verschärft werden, da die Würde und Ehre der Nation verlangen, daß das Reichsoberhaupt unter allen Umständen aus der Gehässigkeit des Tageskampfes herausgehalten wird. Die weiteren Bestimmungen, die aus dem Republikschutzgesetz übernommen werden, sind die zum Schutze der Wehrmacht, der Staatsform und der Reichsfarben. Schließlich hat sich das Reichskabinett auch noch mit der **Winterhilfe** beschäftigt. Die Bestimmungen hierüber sind nach Auskunft unterrichteter Stellen ziemlich weit gediehen. Das Kabinett wird alle Anstrengungen machen, um die Winterhilfe so schnell wie möglich zu verwirklichen.

Wie wir erfahren, wird mit der Veröffentlichung der Verordnung, die die bisherigen politischen Verordnungen mildert, voraussichtlich am Dienstag zu rechnen sein.

*

In der Presse ist davon die Rede, daß mit dem Ablauf des Republikschutzgesetzes auch der sogenannte **Kaiserparagraph** falle, der in die neue Notverordnung nicht wieder aufgenommen werden soll. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß diese Darstellung völlig abwegig ist, da dieser „Kaiser-Paragraph", wonach dem früheren Kaiser die Rückkehr nach Deutschland verboten war, **überhaupt nicht mehr besteht.** Bei der Verlängerung des Republikschutzgesetzes im März 1930 ist dieser Paragraph bereits gestrichen worden, da im Reichstag nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit vorhanden war. Angesichts dieser Tatsache gehen alle Erörterungen, die auch in der ausländischen Presse über die Rückkehr des früheren Kaisers an die angeblich beabsichtigte Streichung des Paragraphen geknüpft worden sind, völlig fehl.

Das Versailler Diktat durchlöchert

H. D. — Der Befreiungskampf Deutschlands von den Fesseln des Versailler Diktats hat in diesem Jahre dramatische Höhepunkte erlebt. Im Frühjahr begann die allgemeine Abrüstungskonferenz. Gleichzeitig setzte das Ringen um die Beseitigung des untragbaren Reparationssystems ein. Während sich die Abrüstungskonferenz zunächst in fruchtlosen Beratungen ohne sichtbare Ergebnisse erschöpfte, wurde in der Reparationsfrage bereits im Sommer dieses Jahres eine Entscheidung herbeigeführt: das Lausanner Abkommen. Es bedeutet praktisch einen Schlußstrich unter das im Versailler Diktat verankerte System der Kriegstribute. Unmittelbar im Anschluß an diese Lausanner Vereinbarungen rückte die Gleichberechtigungsfrage in den Brennpunkt der deutschen Außenpolitik. Die Lage schien sich zunächst zu verschärfen. Am 23. Juli dieses Jahres lehnte Deutschland die Vertagungsresolution der Abrüstungskonferenz ab, dann versagte es sich jeder Beteiligung an der Abrüstungskonferenz, bis die deutsche Gleichberechtigung anerkannt würde. Das Fernbleiben Deutschlands von der Konferenz hat sich als ein so starker Druck auf die übrigen Großmächte erwiesen, daß sie sich, einschließlich Frankreichs, nunmehr auf der Fünfmächte-Konferenz in Genf am 11. Dezember zur Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Wehrfrage bereit gefunden haben. Diese Tatsache ist ein unbestreitbarer Erfolg der deutschen Außenpolitik, die allen Pressionen und Beeinflussungen, die in den letzten Monaten und erst recht während der Fünfmächte-Konferenz selbst auf sie ausgeübt wurde, kühl von sich abprallen ließ und auf der bedingungslosen Anerkennung der Gleichberechtigung bestand.

Was bedeutet die Genfer Vereinbarung? Zu ihrem Verständnis muß man kurz auf die Geschichte der Abrüstungsverhandlungen zurückblicken. Die gegenwärtige Abrüstungskonferenz ist von der sogenannten Vorbereitenden Abrüstungskommission von 1926 bis 1930 vorbereitet worden. Als Abschluß ihrer Arbeiten nahm die Kommission einen Vorentwurf für ein Abrüstungsabkommen an, den Deutschland besonders wegen seines Artikels 53 abgelehnt hat. Dieser berüchtigte Artikel 53 besagte, daß Deutschland und die anderen abgerüsteten Staaten weiter dem Versailler Entwaffnungsdiktat unterworfen bleiben sollten, ganz unabhängig davon, ob und inwieweit eine allgemeine Abrüstung durchgeführt werden würde. Deutschland sollte also auf dem Wehrgebiete dauernd als Nation minderen Rechtes behandelt werden. Auf der Abrüstungskonferenz versuchten Frankreich und seine Freunde den Vorentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission mit seinem Artikel 53 zur alleinigen Grundlage der Abrüstungsverhandlungen zu machen. Dies ist dank des Widerstandes der deutschen Delegation nicht gelungen. Diese hat vielmehr sofort den Anspruch auf Gleichberechtigung, d. h. auf gleichberechtigte Eingliederung in das von der Konferenz auszuarbeitende Abrüstungsabkommen verlangt. Unser Anspruch wurde bekämpft und es ist nicht gelungen, eine Anerkennung der Gleichberechtigung in die Abschlußresolution hineinzubringen, mit der sich die Konferenz am 23. Juli vertagte.

Die Genfer Vereinbarung vom 11. Dezember besagt, daß die Großmächte die Gleichberechtigung anerkennen. Die anderen an der Konferenz beteiligten mittleren und kleinen Staaten werden sich diesem Beschluß der Großmächte nicht widersetzen können und wollen. Deutschland nimmt nun auf der Basis anerkannter Gleichberechtigung an den Verhandlungen wieder teil. Abschnitt 5 des Versailler Vertrages über die einseitige deutsche Entwaffnung wird verschwinden und durch die allgemeine Abrüstungskonvention mit für alle Staaten gleichen Bindungen der Wehrfreiheit ersetzt werden. Einer der wesentlichsten Grundpfeiler des Versailler Vertrages, der die dauernde Machtlosigkeit Deutschlands zum Zwecke hatte, bricht zusammen. Ein großer Erfolg in der Revision des Friedensdiktats ist damit erzielt, der zweite in diesem Jahre, nachdem in Lausanne der Teil 8 des Friedensdiktats über die Reparationen hinfällig wurde. Allerdings wird die praktische Durchführung der Gleichberechtigung im einzelnen auf der Abrüstungskonferenz noch durchgekämpft werden müssen.

Die Bedeutung dieser Vorgänge erschöpft sich jedoch nicht lediglich im Wehrpolitischen. Sie sind von einer nicht zu unterschätzenden politischen und moralischen Tragweite. Zum erstenmal ist, sichtbar vor aller Welt, das Zwangssystem von Versailles durchlöchert worden. Ein „Heiligtum", nach dem Willen seiner Urheber unantastbar, beginnt zu zerbröckeln. Frankreich, das noch vor kurzem jeder Bekundung deutschen Lebens- und Freiheitswillens, soweit es mit den Bestimmungen des Versailler Diktats kollidierte, ein anscheinend unerschütterliches „Jamais!" („Niemals!") entgegensetzte, ist im Begriff, zurückzuweichen. Harte Kämpfe sind noch unvermeidbar, aber die Grundlinien werden erkennbar, nach denen Deutschland seinen berechtigten Ansprüchen zum Durchbruch verhelfen wird.

Paul-Boncour bildet das Kabinett

Paris, 18. Dez. Paul-Boncour hat Samstag abend den Präsidenten von Senat und Kammer den üblichen formellen Besuch abgestattet. Ueber die Verhandlungen erklärte Paul-Boncour, er habe Herriot gedrängt, an der Regierung teilzunehmen, weil er ihn für besonders befähigt halte, eine Politik fortzusetzen, die durch die letzte Abstimmung der Kammer keinen Abbruch erfahren habe. Herriot habe sich aber damit begnügt, Paul-Boncour zur Uebernahme des Ministerpräsidentenamtes zu raten und ihm hierfür seine Unterstützung in Aussicht zu stellen. Erst nach wiederholten Besprechungen mit Herriot habe er den Entschluß gefaßt, sich über die Möglichkeit einer Regierungsbildung unter seiner Leitung zu unterrichten. „Ich hätte gern", erklärte Paul-Boncour, „getreu den von mir stets vertretenen Ideen die Sozialistische Partei an der Regierung beteiligt und durch die Zusammensetzung des neuen Kabinetts den weitgehenden Zusammenschluß der Linken zum Ausdruck gebracht, der gegenwärtig notwendiger ist denn je. Die Sozialistische Partei hat jedoch, obwohl sie mir ihre Sympathie zum Ausdruck brachte, nicht geglaubt, meinem Wunsche Folge leisten zu können.

Da der Präsident der Republik in mich drang und auch die verschiedenen linksstehenden Fraktionen der Kammer mich ermunterten, habe ich mich dennoch entschlossen, die mir angebotene Aufgabe anzunehmen, und ich werde mich bemühen, **so schnell wie möglich eine Regierung zu bilden,** die aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihres Programms am wirksamsten dem Zusammenschluß der Linken dienen kann. Durch diesen Zusammenschluß hoffe ich, wird Frankreich die bestehenden Schwierigkeiten überwinden können".

Die sozialistische Kammerfraktion hat mitgeteilt, daß sie bereit sei, Paul-Boncours Aufgabe zu erleichtern und ihm gegenüber die **Unterstützungspolitik** unter den gleichen Umständen wie gegenüber dem vorausgegangenen Kabinett zu betätigen.

Paris, 18. Dez. Paul-Boncour wird kein Kabinett der Linken, aber eine Vereinigung der Linken zustandebringen. Fest steht, daß **Paul-Boncour** auch das **Außenministerium** übernehmen wird. Innenminister des Kabinetts wird der Senator **Steeg**, Vizepräsident und Justizminister der Abg. **Chautemps** werden. Das Kriegsministerium soll **Daladier** angeboten werden. Das mutmaßliche neue Kabinett findet im großen und ganzen wohlwollende Aufnahme. So erklärt Oeuvre, der dem Kabinett seine Sympathie versagt, Boncour übernehme eine schwere Verantwortung. Auch Herriots Blatt Ere Nouvelle begrüßt die Betrauung Paul-Boncours, befürchtet aber, daß die Sozialisten ihm recht bald Ungelegenheiten bereiten könnten. Nur die Blätter, die schon das Kabinett Herriot und besonders dessen Außenpolitik bekämpft haben, lehnen ein Ministerium Paul-Boncour ab.

*

Das Kabinett Paul Boncour.

T.U. **Paris**, 18. Dez. Ministerpräsident Paul Boncour hat am Sonntag abend sein neu gebildetes Kabinett dem Staatspräsidenten vorgestellt. Die neue Regierung setzt sich folgendermassen zusammen:

Ministerpräsident und Auswärtiges: Paul Boncour
Innenministerium: Chautemps
Justizministerium: Abel Cardey (Senator, Radikalsozialist)
Kriegsministerium: Daladier
Kriegsmarineministerium: Leygues
Luftfahrtsministerium: Painleve
Kolonialministerium: Sarraut
Finanzministerium und Haushaltsministerium: Cheron
Arbeitsministerium: Dalimier
Handelsmarineministerium: Leon Meyer
Unterrichtsministerium: de Monzie
Wohlfahrtsministerium: Danielou
Postministerium: Laurent Eynac
Ministerium für öffentliche Arbeiten: Georges Bonnet
Landwirtschaftsministerium: Queuille
Handelsministerium: Julien Durand
Pensionsministerium: Miellet.

Wie aus obiger Liste zu ersehen ist, hat Paul Boncour den Stamm seines neuen Ministeriums aus den Radikalsozialisten, den Sozialen Republikanern, der Republikanischen Vereinigung des Senats, der Radikalen Linken und der Unabhängigen Linken zusammengesetzt. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Besetzung des Finanz- und des Haushaltsministerium ergeben hatten, sind dadurch überbrückt worden, daß beide Ministerien zusammengelegt wurden und in die Hände des durch seine Sparpolitik bekannten Cheron übergingen.

*

Paul Boncour bei Lebrun. — Die Kabinettsbildung beendet.

T.U. **Paris**, 18. Dez. Paul Boncour hat sein Ministerium am Sonntag abend endgültig gebildet. Er begab sich um 22 Uhr zum Staatspräsidenten, um ihm die Ministerliste zu unterbreiten. Danach wird er die Liste bekanntgeben.

Wie verlautet, hat sich Cheron bereiterklärt, das Finanzministerium zu übernehmen. Paul Boncour hatte für diesen Posten zunächst den früheren Generalgouverneur der Bank von Frankreich, Rist, ausersehen, der den Ministerposten jedoch ablehnte. Er wird aber als technischer Berater fungieren.

Ein neues Kabinett de Broqueville

Brüssel, 18. Dez. Das gebildete neue belgische Kabinett besteht im wesentlichen aus denselben Persönlichkeiten wie das erste Ministerium Broqueville. Das Bündnis Katholiken-Liberale ist aufs neue gefestigt, umso mehr, als sich die beiden Parteien über die wichtige innerpolitische Streitfrage der staatlichen Unterstützungen für katholische Schulen einigen konnten. Das neue Kabinett wird sich am Dienstag den beiden Kammern vorstellen. Seine wichtigste Aufgabe ist die Bewilligung wenigstens der unmittelbar notwendigen Etatsmittel für die ersten Monate des neuen Haushaltsjahres. Weiter gilt es, den durch Wahlen und die politischen Kämpfe bis zur letzten Stunde verzögerten Plan der Sanierung der Staatsfinanzen mit größter Beschleunigung fertigzustellen. Das Defizit beträgt nicht weniger als 2,5 Milliarden Francs.

*

T.U **Brüssel**, 17. Dez. Nach mehrtägigen Bemühungen gelang es am Samstag, ein zweites Kabinett de Broqueville zu bilden. Das Kabinett wird sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen:

Ministerpräsident und öffentliche Arbeiten: Graf de Broqueville (Katholik)
Finanzen: Jaspar (Kath.)
Industrie und Arbeit: Graf Carton de Wiart (Kath.)
Landwirtschaft: Sap (Kath.)
Inneres: Poullet (Chr. Dem.) (mit dem Innenministerium wird das Portefeuille des Ministeriums für Post und Telegraphen vereinigt)
Soziale Fürsorge: van Isacker (Chr. Demokrat)
Kolonien: Tschoffen (Chr. Dem.)
Unterricht: Lippen (Liberal)
Aeußeres: Hymans (Liberal)
Nationale Verteidigung: Deveze (Liberal)
Justiz: Janson (Liberal).

Es hat erst des Eingreifens des Königs bedurft, um die Verständigung zwischen Liberalen und Katholiken herbeizuführen.

Neues schweres Eisenbahnunglück in der Schweiz

Diesmal bei Zürich. — Mehrere Tote und Schwerverletzte.

T.U. **Basel**, 17. Dez. Kaum hat sich das Entsetzen über das Luzerner Eisenbahnunglück einigermaßen gelegt, als auch schon wieder eine Nachricht von einem neuen ernsten Unglück auf den Schweizer Bundesbahnen eintrifft. Am Samstag kurz vor 18 Uhr fuhr dicht beim Bahnhof Oerlikon etwa fünf Kilometer von Zürich entfernt ein Eilzug auf eine Lokomotive in voller Fahrt auf, die anscheinend auf dem Gleis vergessen worden war. Der Zug hält in Oerlikon nicht, so daß er seine Fahrt nicht vermindert hatte. Bei dem Zusammenstoß löste sich die elektrische Zuglokomotive von dem Packwagen los, verkeilte sich in die Dampflokomotive und sauste mit ihr bis fast zum Bahnhof Oerlikon hinein. Der Packwagen des Zuges und der nachfolgende 3. Klasse-Personenwagen wurden ganz ineinander verschachtelt. Der Personenwagen hob den Packwagen in die Höhe, so daß dieser teilweise auf den Personenwagen selbst fiel. Durch den Stoß und die schwere Zertrümmerung des Wagens wurden einige Fahrgäste getötet, eine Anzahl weiterer — man spricht von sieben oder acht — mehr oder weniger schwer verletzt. Ein weiterer Fahrgast kam dadurch ums Leben, als etwa zehn Minuten später ein Rangierzug auf einem Nebengleis dem quer über dem Gleis stehenden Personenwagen zu nahe kam. Der Heizer der Rangierlokomotive wurde durch glühende Kohlen, die aus der Feuerung auf ihn fielen, so schwer verbrannt, daß er an den Verletzungen starb.

Drei Tote und etwa 20 Verletzte beim Züricher Eisenbahnunglück.

T.U. **Zürich**, 17. Dez. Das Eisenbahnunglück von Oerlikon wird auf den dichten Nebel zurückgeführt, der am Samstag abend bis auf zwei Meter jede Sicht unmöglich machte. Hierdurch kam es auch, daß der Lokalzug von Zürich die auf dem Gleis stehende Rangierlokomotive nicht bemerkte. Warum diese allerdings auf dem Gleis zurückgelassen worden war, ist allgemein ein Rätsel. Das Stationsamt Oerlikon kann hierüber keine klare Auskunft geben. Durch den Anprall riß sich einmal die elektrische Maschine des Lokalzuges los und sauste mit der Rangierlokomotive davon, zum anderen wurden außer dem nachfolgenden Packwagen auch noch zwei Personenwagen ganz ineinander gerammt, so daß sie weit über die Schienen hinausragten. Beide wiesen zahlreiche Fahrgäste auf, die von Weihnachtseinkäufen in der Stadt auf das Land zurückfuhren.

Nach Mitteilung der Bundesbahnen wurden drei Personen getötet und zwar ein Mann vom Zugpersonal — der Heizer der Rangierlokomotive — und zwei Privatpersonen aus Zürich. Verletzt wurden etwa 15—20 Personen, davon etwa die Hälfte schwer. Sie stammen alle aus der Umgebung von Zürich. Ausländer befinden sich nicht dabei. Sämtliche Verletzte wurden nach dem Spital in Zürich überführt.

Zum Eisenbahnunglück bei Zürich.

T.U. **Zürich**, 18. Dez. Zu dem Eisenbahnunglück am Samstag abend wird noch ergänzend bekannt: Die auf dem Gleis stehengelassene Dampflokomotive hatte als Vorspann für einen Güterzug aus Zürich gedient. Allabendlich wird diese Vorspannlokomotive in Oerlikon losgekoppelt und dann wieder als Vorspann für einen anderen Güterzug, der nach Zürich zurückfährt, benutzt. Diese Rangierlokomotive muß daher in Oerlikon über mehrere Gleise hinüberrangieren. Durch eine Vergeßlichkeit des Stellwerkwärters, die noch durch den dichten Nebel unterstützt wurde, kam es, daß die Durchfahrt für den aus Zürich erwarteten Eilzug 3485, der nach Uttfrer und Rapperswil fährt, freigegeben wurde, obwohl das Gleis noch versperrt war. Infolge des dichten Nebels konnte auch der Führer der Eilzuglokomotive das Hindernis auf den Gleisen nicht rechtzeitig beobachten, zumal der Eilzug unmittelbar vorher durch einen kurzen Tunnel fahren muß. Zum Unglück kam eine Viertelstunde später noch ein Leerzug, der auf ein Nebengleis umgestellt werden mußte. Der Lokomotivführer dieses Leerzuges hatte vermutlich noch nichts von dem Unglück erfahren. Er rangierte deshalb rückwärts und fuhr direkt in die Unglücksstätte hinein, wo er den letzten Wagen des Eilzuges zertrümmerte. — Die Rettungsarbeiten waren mit großen Schwierigkeiten verbunden, da man die Toten und Verletzten zum Teil erst nach Aufreißen der Wagenwände und Forträumung der sie erdrückenden Wagenteile aus ihrer Lage befreien konnte.

Amerika sucht ein Kompromiß mit Frankreich

Paris, 17. Dez. Havas berichtet aus Washington, daß das Staatsdepartement in der Frage der Zahlung der französischen Schulden ein Kompromiß suche, um der französischen öffentlichen Meinung Genugtuung zu geben. Man denke an eine Lösung, daß Frankreich mit dem Vorbehalt zahle daß dies die letzte Zahlung vor der allgemeinen Revision der Schulden sei. Ueber die Absichten des Präsidenten der Vereinigten Staaten wisse man nur, daß er die Nationen, die ihre Schulden bezahlt haben milder behandeln werde als die, die ihre Schulden nicht bezahlt haben. Hoover habe seine Botschaft an den Kongreß deshalb verzögert, um einerseits Frankreich Zeit zu geben, doch noch zu zahlen. Die Forderung der französischen Kammer, die eine allgemeine Schuldenkonferenz wünsche, finde im Kongreß keinen Widerhall.

Der Neuyorker Korrespondent des „Petit Parisien" berichtet ebenfalls, daß die amerikanische Regierung bereit sein soll, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, **um einem neuen französischen Kabinett die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu erleichtern.** Staatssekretär Stimson habe dem französischen Botschafter Claudel diese Versicherung gegeben.

*

Auch Schuldenrevision für Frankreich, wenn es nachträglich bezahlt.

T.U. **Washington**, 18. Dez. Präsident Hoover hat in einer einstündigen Besprechung mit Schatzamtssekretär Mills beschlossen, Frankreich eine Revision der Schulden zuzubilligen, falls es die Dezemberrate nachträglich bezahlt. Die Regierung hat dem französischen Botschafter Claudel diesen Beschluß mitgeteilt. Claudel deutet an, daß ein Umschwung in der Haltung Frankreich möglich sei. Die Haltung Hoovers wird in weiten Kreisen als eine Kapitulation vor dem französischen Vorgehen angesehen.

Amerika lehnt Schuldenkonferenz mit säumigen Staaten ab.

T.U. **Washington**, 17. Dez. Wie amtlich bekannt wird, hat die Regierung der Vereinigten Staaten eine allgemeine Schuldenkonferenz mit den säumigen Staaten abgelehnt. Staatssekretär Stimson hat diese amtliche Verlautbarung dem französischen Botschafter, sowie den Vertretern der anderen säumigen Nationen übermittelt.

Amerika lehnt das Stundungsgesuch Polens ab

Warschau, 17. Dez. In der am Freitag eingegangenen amerikanischen Antwort wird das Ansuchen Polens um Stundung der im Dezember fälligen Schuldenzahlung abgelehnt. Die polnische Regierung beharrt auf ihrem Beschluß, die fälligen 3 Millionen Dollar gegenwärtig nicht zu zahlen.

Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe

Einweihung der Stadt Littoria durch Mussolini.

T.U. **Rom**, 18. Dez. Am Sonntag fand die feierliche Einweihung der neu gegründeten Stadt Littoria in den früheren Pontinischen Sümpfen durch Mussolini statt. Damit ist der erste und schwierigste Teil des ungeheuren Trockenlegungswerks abgeschlossen, das dieses durch Jahrtausende gefürchtete, gänzlich entvölkerte Fiebergebiet in wenigen Jahren zu fruchtbarem, dicht besiedelten Ackerland gestalten wird.

Nach einer Rundfahrt durch die vier neuen Gemeinden, in denen die bereits zahlreich errichteten Kolonistenhäuser vorläufig zusammengefaßt sind, fuhr Mussolini die Front der Traktoren und Dampfpflüge ab, die auf der Rundstraße rings um Littoria in endloser Reihe aufgestellt waren. Dann fuhr er auf dem dicht besetzten Hauptplatz Littorias und sprach von dem Balkon des turmgekrönten Rathauses aus zur Menge: Der heutige Tag sei einer der schönsten der faschistischen Aera. Er bedeute einen entscheidenden Abschnitt. 6000 Bauern seien auf neu gewonnenem Boden angesiedelt. Aber nach faschistischer Art werde man erst die Siegesbotschaft veröffentlichen, wenn der ganze Plan vollendet sei und 40—50 000 Landwirte ihr Brot in dem neuen Gelände vor den Toren Roms finden würden. Mussolini kündigte für den April die Ansiedlung weiterer 2000 Familien, für den Herbst 1933 die Einweihung der neuen Stadt Sabauda und für das Jahr darauf die der Stadt Pontinia an. Das faschistische Italien arbeite, die anderen sollten es bei seiner friedlichen Arbeit ungestört lassen.

Die Siedlung in Ostpreußen

Berlin, 17. Dez. In den Ausführungen des Kanzlers über das Ausmaß der Siedlungspläne ist, wie erst jetzt bekannt wird, ein Mißverständnis unterlaufen. Herr von Schleicher hat davon gesprochen, daß in Ostpreußen 800 000 Morgen besiedelt werden sollen. Das entspräche ungefähr der Fläche, über die der gesamte ostpreußische Großgrundbesitz verfügt. Kein Wunder, daß die monströse Zahl in Ostpreußen Staunen und Bestürzung ausgelöst hat. Natürlich handelte es sich nur um 80 000 Morgen; die von Schleicher genannte Zahl von 800 000 Morgen bezieht sich auf die für die Siedlung im ganzen Reiche in Aussicht genommene Fläche.

Hitler-Rede in Magdeburg

Magdeburg, 18. Dez. Vor über 4000 Amtswaltern der NSDAP. des Gaues Magdeburg-Anhalt sprach am Sonntag Adolf Hitler in der Magdeburger Stadthalle. Er begründete seine Haltung zur Frage des Eintritts in die Reichsregierung und meinte, daß man zu Anfang d. J. den Versuch gemacht habe, die NSDAP. aufzulösen, am Ende des Jahres aber den Führer dieser Bewegung in die Regierung zu bekommen. Die Taktik der Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung habe mit dem Totschweigen begonnen und ende jetzt mit der Bestechung. Niemals werde er sich und die NSDAP. für ein Linsengericht verkaufen. Die Macht dürfe der Nationalsozialismus nur dann nehmen, wenn er überzeugt sei, daß er sie auch halten könne. Wenn man einmal nach Berlin gehe, dürfe man nicht wieder herausgehen. Hitler erklärte, daß er kein anderes Lebensziel kenne, als daß die Bewegung siege. Wenn irgendeiner das Ziel verlasse, so kümmere ihn das nicht. Er werde bleiben, und wenn das Schiff zugrundegehe.

Verschwörung in Buenos Aires

Buenos Aires, 16. Dez. Die Regierung hat einen Aufruf an das Volk erlassen, worin mitgeteilt wird, daß **eine weitverzweigte Verschwörung** entdeckt worden sei, die den Zweck verfolgte, Mitglieder der Regierung und andere **hochstehende Persönlichkeiten zu ermorden**, öffentliche Gebäude zu zerstören und die Bevölkerung zu beunruhigen. Die Regierung forderte die Bevölkerung zur Ruhe auf. Am Sitz des radikalen Komitees wurde eine Haussuchung abgehalten. Die Zeitung der Radikalen wurde verboten, die Verhaftung der radikalen Führer ist angeordnet. Die Regierung wird im Kongreß die Verhängung des **Belagerungszustandes** beantragen. Unter den Verhafteten befinden sich die früheren Präsidenten Irigoyen und de Alvear, die ausgewiesen werden sollen.

Die Verschwörung ist durch die zufällige **Explosion einer Bombe** ans Tageslicht gekommen. Diese Explosion führte zu der Entdeckung, daß sich in einem Hause innerhalb der Bannmeile **ein ganzes Bombenlager** befand. Die Bewohner des Hauses flohen, vergaßen aber, eine Liste mit 60 Namen mitzunehmen, wodurch es der Polizei ermöglicht wurde, sofort mit Verhaftungen gegen die Verschwörer einzuschreiten.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[45

Aber als ich dann glücklich aus dem Hause war, haben mir tatsächlich die Knie gezittert. Doch es ist ja nun vorbei. Wenn Weltner Lunte gerochen hätte, wäre ja schon längst eine Explosion erfolgt. Also seien wir vergnügt und feiern heute abend ein kleines Fest. Wie wäre es, Gühring? Ich habe schon lange keinen französischen Sekt getrunken."

Gühring lachte:

„Darauf soll es mir nicht ankommen, wenn die gnädige Frau mit von der Partie ist."

„Wo denkst du hin, Fritz? Wie kann ich denn jetzt abends ausgehen, solange Weltner krank ist? Was für einen Eindruck würde das machen? Damit könnte ich mir alles verderben. Wir müssen schon warten, bis alles in Ordnung ist."

„Schade, Ina! Man muß die Feste feiern, wie sie fallen. — Aber ich füge mich natürlich deinem Wunsche."

Gühring entnahm seiner Brieftasche einen ausgeschriebenen Scheck.

„Eine kleine Vorschußzahlung, gnädige Frau, damit Sie mehr Freude an dem Geschäft haben. Vielleicht können wir wieder einmal etwas zusammen machen."

Er legte einen Scheck vor Ina hin, der auf 10 000 Mark lautete.

„Sie können das Geld heute schon abheben. Den anderen Teil der vereinbarten Summe erhalten Sie, sowie der Prozeß erledigt ist."

Ina nahm mit einem leisen Dank das Papier entgegen. Merkwürdig, wenn man ihr vor acht Tagen gesagt hätte, daß sie unvermutet in den Besitz einer solchen Summe gelangen würde, sie wäre vor Freude außer sich gewesen, denn der Gedanke an alle die unerledigten Rechnungen und Mahnungen lag wie ein Alpdruck auf ihr. Heute aber vermochte sie sich über diese Rettungssumme nicht zu freuen. Es war alles zu glatt gegangen; sie konnte ein Gefühl der Angst nicht unterdrücken. Alles fügte sich ihren Wünschen zu gut. Auch die Rivalin, diese unangenehme Edith Bernheim, war ausgeschaltet. Es war, als ob das Schicksal ihr selbst alle Trümpfe in die Hand geben würde.

Und dennoch, die richtige Freude wollte nicht über sie kommen.

Nach kurzer Zeit trennte sie sich von den beiden Männern und wartete alsbald vor der Schule auf Ralph. Er kam, blaß und gedrückt, und ging auf keine Neckerei der Kameraden ein, obgleich wieder gerade eine wilde Schlacht im Gange war. Sonst hätte er sich sofort mitten hineingestürzt.

Aber jetzt lag die Furcht, unartig zu sein und dadurch ein schreckliches Schicksal über den Vater und sich heraufzubeschwören, zentnerschwer auf der kleinen Seele.

Während er sich sonst immer versteckt hielt, wenn er abgeholt wurde, ging er jetzt schnurstracks auf Ina zu und ließ sich artig an der Hand nach Hause führen. Er wagte kein Wort zu fragen, wie es dem Vater ginge, denn er fürchtete immer, etwas Schreckliches zu hören.

So trottete er schweigend neben Ina Hartwig her. Die beobachtete ihn verstohlen von der Seite, und etwas wie abergläubische Furcht kam über sie, angesichts des so gänzlich veränderten Kindes.

Auch hier war ihr alles über Erwarten gelungen. Weltner würde staunen über Ralphs verändertes Wesen und seine unbedingte Fügsamkeit ihr gegenüber. Er würde nicht mehr daran zweifeln, daß sie es mindestens so gut verstand, mit dem Jungen umzugehen, wie Edith Bernheim.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Vierzehn Tage waren ins Land gegangen. Rechtsanwalt Weltner war von seinem Krankenlager aufgestanden. Aber er hatte sich noch nicht recht erholt. Immer noch sah er bleich und erschöpft aus. Ein heftiger Husten war zurückgeblieben, der ihm des Nachts den Schlaf raubte, und immer noch fühlte er sich des Abends von Fieberschauern gequält.

Aber mit eiserner Energie hielt er sich aufrecht. Er mußte die Endarbeiten für den großen Prozeß erledigen. Vorher konnte er sich keine Ruhe gönnen.

Als er das erste Mal wieder ins Büro kam und Ediths Platz verwaist sah, ging ein schneidender Schmerz durch seine Seele. Jetzt erst sah er, was er verloren. Mit aller Gewalt raffte er sich zusammen. Er wollte nicht mehr an Frau Bernheim denken.

Aber er konnte es nicht verhindern, daß seine Gedanken in jeder freien Minute ihr Bild heraufbeschworen. Immer sah er sie vor sich mit dem süßen, blassen Gesichtchen, den bangen Augen, dem leidgezeichneten, mädchenhaften Munde. Es wollte ihn wie eine leise Reue überkommen, daß er sie fortgeschickt, ohne den Mut gefunden zu haben, ihr selbst den Grund der Kündigung mitzuteilen.

Vielleicht hätte sie doch ein Wort der Aufklärung gefunden, das ihr Verhalten in einem milden Licht hätte erscheinen lassen? Manchmal kam ihm der Gedanke, ob er sie nicht nur dann vergessen würde, wenn er an eine neue Heirat dächte? Für ihn selbst gab es ja kein Glück mehr nach der schweren Enttäuschung, die er an Edith Bernheim erlebte.

Doch er durfte nicht nur an sich, er mußte auch an Ralph, seinen Sohn, denken. Wie blaß und verstört war das Kind dem Vater zum ersten Male nach Weltners Krankheit entgegengekommen. Weltner schob es darauf, das Ralph sich nach seiner Tante Edith bangte. Er hatte Ina gebeten, dem kleinen Ralph gegenüber einen Grund für das Fernbleiben Edith Bernheims zu finden.

Er ahnte nicht, daß Ina dem kleinen Ralph jede Frage nach Edith Bernheims Fernbleiben verboten hatte. Und Ralph, der seit Inas Drohungen eine panische Furcht hatte, gegen irgendein Gebot zu verstoßen, hatte auch nicht gefragt.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg